



über die 1. Sitzung
des Familien- und Sozialausschusses
am Donnerstag, 5. April 2001
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 16:30 Uhr
Ende: 18:00 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Frau Bartosch
Frau Filthaut
Frau Hartig
Frau Jung
Frau Lungenhausen
Frau Müller

Ratsmitglieder CDU

Frau Gerdes
Herr Menken
Herr Plümpe
Herr Weber

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen SPD

Herr Klemme
Frau Mattigk
Herr Müller

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen CDU

Herr Hackländer
Frau Dr. Kleinz
Herr Kuru

Sachk. Bürger/Bürgerinnen Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Lenkenhoff

Beratendes Mitglied F.D.P.

Frau Oertel

Verwaltung

Herr Brüggemann
Herr Güldenhaupt
Herr Scholz
Herr Sostmann
Herr Steffen

entschuldigt fehlten
Herr Herbrecht
Frau Jacobsmeier
Herr Spyra

Herr **Weber** eröffnete die form - und fristgerecht einberufene Sitzung und begrüßte die Anwesenden.

Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Zielvereinbarung zwischen dem Kreis Unna und der Stadt Kamen hinsichtlich der Reduzierung der Sozialhilfekosten hier: Ergebnisse der Zielvereinbarung 2000; Änderungen in der Zielvereinbarung 2001	66/2001
2.	Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna, der Bildung + Lernen mbH und den Städten Kamen und Bergkamen sowie der Gemeinde Bönen über die Förderung einer sozialen und beruflichen Orientierungs- und Qualifizierungsmaßnahme für arbeitslose Sozialhilfeempfänger	65/2001
3.	Sachstandsbericht der Verwaltung zu Einrichtungen und Angeboten für Seniorinnen und Senioren in Kamen	64/2001
4.	Bericht der Verwaltung über die Entwicklung der Sozialhilfe im Jahr 2000	
5.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2.	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

66/2001 Zielvereinbarung zwischen dem Kreis Unna und der Stadt Kamen hinsichtlich der Reduzierung der Sozialhilfekosten
hier: Ergebnisse der Zielvereinbarung 2000; Änderungen in der Zielvereinbarung 2001

Herr **Güldenhaupt** erläuterte den Inhalt der Mitteilungsvorlage und hob hervor, dass die in der Zielvereinbarung verabredeten Ziele erreicht wurden und die Zielvereinbarung damit gegriffen hat.

Der Ausschuss nahm die Vorlage zustimmend zur Kenntnis.

Frau **Müller** bedankte sich für die geleistete Arbeit.

Diesem Dank schlossen sich Herr **Plümpe** und Frau **Lenkenhoff** an, die fragte, ob auch ausländischen Flüchtlingen, die vom Betreuungskreis nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in den Leistungsbereich nach dem BSHG wechseln, die Möglichkeit eines Sprachkurses gegeben wird.

Herr **Güldenhaupt** bejahte dies.

Zu TOP 2.

65/2001 Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna, der Bildung + Lernen mbH und den Städten Kamen und Bergkamen sowie der Gemeinde Bönen über die Förderung einer sozialen und beruflichen Orientierungs- und Qualifizierungsmaßnahme für arbeitslose Sozialhilfeempfänger

Herr **Güldenhaupt** erläuterte den Inhalt der Mitteilungsvorlage.

Herr **Plümpe** fragte, ob Gründe bekannt seien, warum 11 Personen die Tätigkeit nicht aufgenommen und 21 Personen die Tätigkeit vor Ablauf von 6 Monaten abgebrochen haben.

Herr **Güldenhaupt** teilte mit, dass dies ganz unterschiedliche Gründe sein werden, teilweise in den persönlichen Verhältnissen begründet (Krankheit, Kindesbetreuung), teilweise auch im schlichten Ortswechsel.

Herr **Steffen** ergänzte, dass unter Umständen eine Verweigerungshaltung auch zur Kürzung der Hilfe führen kann, dies ist im Einzelfall zu prüfen.

Der Ausschuss nahm die Vorlage zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 3.

64/2001 Sachstandsbericht der Verwaltung zu Einrichtungen und Angeboten für Seniorinnen und Senioren in Kamen

Herr **Sostmann** teilte mit, dass die Seniorenbetreuung zum Aufgabenbereich der Stabsstelle gehört und der langjährige Mitarbeiter und Seniorenbetreuer Herr Scholz zunächst weitere Ausführungen zur Seniorenarbeit machen wird.

Herr **Scholz** gab einen umfassenden Überblick über sein Aufgabengebiet, den freiwilligen Maßnahmen der Stadt Kamen, dem Stadt seniorenring und seiner Mitarbeit in der PSAG.

Die Ausschussmitglieder dankten für den umfangreichen Vortrag und die Vorlage.

Herr **Sostmann** ergänzte noch, dass die Stabsstelle zurzeit an der Überarbeitung des Wegweiser für Behinderte und Senioren arbeitet und er davon ausgeht, dass mit der Neuauflage zum Jahresende gerechnet werden kann.

Frau **Dr. Kleinz** erkundigte sich nach dem Stand der geplanten Ergänzungen im stationären Pflegebereich.

Herr **Sostmann** teilte mit, dass es sich hierbei insbesondere um die Planungen zum Objekt Volkermanns Hof handelt und die Entwicklungen dort abgewartet werden müssten.

Zu TOP 4.

Bericht der Verwaltung über die Entwicklung der Sozialhilfe im Jahr 2000

Herr **Steffen** gab den in der Anlage beigefügten Bericht über die Entwicklungen der Sozialhilfe im Jahr 2000.

Zu TOP 5.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

5.1 Mitteilungen der Verwaltung

5.1.1 Möbellager des Fachbereichs Soziales

Herr **Güldenhaupt** teilte mit, dass der Fachbereich Soziales bisher ein Möbellager im Gebäude Volkermanns Hof betrieben hat. Nunmehr wurde eine 300 qm große Halle für diesen Zweck in der Schäferstraße ab 01.05.2001 angemietet. Der Kreis als Träger der Sozialhilfe wird Zuschüsse zum Betrieb dieses Möbellagers beisteuern. Der jährliche Kostenrahmen wird sich auf ca. 30.000 DM belaufen.

5.1.2 Jahresstatistik der Schuldnerberatung

Herr **Güldenhaupt** gab bekannt, dass der Einladung die Jahresstatistik der Schuldnerberatung der AWO beigefügt war. Hier besteht bekanntlich ein Vertrag zwischen Kreis, Stadt und AWO. Zur Information der Ausschussmitglieder wird der Jahresbericht beigefügt. Vermutlich wird in absehbarer Zeit nochmals Frau Zeißner eingeladen, um über die aktuellen Entwicklungen bei der Schuldnerberatung zu berichten.

5.1.3 Mausegatt Kindesbetreuung

Herr **Güldenhaupt** teilte mit, dass zwischen dem Frauencafe und der Stadt Kamen eine Vereinbarung mit dem Ziel geschlossen wurde, die in den Übergangsheimen am Mausegatt wohnenden ausländischen Kinder stärker als bisher zu integrieren. Dort soll jetzt der Versuch unternommen werden, zunächst Spielnachmittage einzurichten, um so den Zugang zu den Kindern und Eltern zu finden und anschließend die Kinder mehr in den Kindergarten-, Schul- und Vereinsalltag einzubinden. Über die Maßnahme wird zu einem späteren Zeitpunkt im Ausschuss berichtet.

5.1.4 Heizkostenzuschuss

Herr **Steffen** führte aus, dass der zum Jahresende 2000 vom Bundesgesetzgeber verabschiedete Heizkostenzuschuss hier vom Fachbereich Soziales zurzeit umgesetzt wird. Der Heizkostenzuschuss beträgt einmalig 5,00 DM je Quadratmeter Wohnfläche. Es ergeben sich grundsätzlich drei berechnete Personengruppen, hier zunächst die Tabellenwohngeldempfänger, die über die Wohngeldstelle ihren Heizkostenzuschuss automatisch ohne Antragstellung erhalten, dies sind etwa 1000 Familien in Kamen, dann die Personen, die über den Fachbereich Soziales sog. pauschaliertes Wohngeld bzw. besonderen Mietzuschuss bekommen, dies sind etwa 450 Familien, auch hier ist eine Antragstellung nicht erforderlich, und die Personen mit geringem Einkommen, die weder Tabellenwohngeld noch Sozialhilfe erhalten, dies sind zur Zeit etwa 150 individuelle Antragsteller/innen.

Herr **Weber** bedankte sich bei der Verwaltung für die geleistete Öffentlichkeitsarbeit in diesem Punkt, damit Berechnete auch über die Möglichkeit der Antragstellung informiert werden.

5.1.5 Rentenreform

Herr **Steffen** führte aus, dass der Bundesgesetzgeber zurzeit die Rentenreform auf den gesetzgeberischen Weg bringt. Neben der Reform der gesetzlichen Rentenversicherung, verbunden mit der Förderung eines kapitalgedeckten Altersvorsorgevermögens, sollen in diesem Artikelgesetz noch zahlreiche andere Bestimmungen geändert und neu eingefügt werden. Der Artikel 8 a enthält einen Entwurf eines Gesetzes über die bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GsiG). Es handelt sich hier um eine tatsächlich nachhaltige Änderung im bisherigen sozialen Sicherungssystem. Mit Blick auf den weiteren gesetzgeberischen Werdegang wird im Ausschuss über die Inhalte und die Auswirkungen dieses Gesetzes berichtet.

5.2 Anfragen

Anfragen ergaben sich keine.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1.1 Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

1.2 Anfragen

Anfragen ergaben sich keine.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

- entfällt -

gez. Weber
Vorsitzender

gez. Güldenhaupt
Schriftführer